

# Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 9+10/2023

Tradition und Fortschritt –  
Christian Hirte MdB > 7

Rückblick auf den traditionellen  
EAK-Kirchentagsempfang und  
den 38. DEKT in Nürnberg > 11

## Freiheit für Maria Kolesnikowa

Thomas Rachel kämpft für Maria Kolesnikowa  
und die Opposition in Belarus > 3





## Liebe Leserin, lieber Leser,

während ich diese Zeilen verfasse, stehe ich noch unter dem Schock des Eindruckes der unbeschreiblichen **Terrorangriffe auf den Staat Israel**. Ich denke an die über 1.400 ermordeten Opfer, die Familien, Frauen, Kinder und alten Menschen (darunter Holocaust-Überlebende!), die von den **barbarischen Horden der Terrormiliz Hamas** ohne jeden Skrupel aus dem Leben gerissen, vergewaltigt, entwürdigt, verschleppt, hingerichtet, ja regelrecht abgeschlachtet worden sind. Über 2000 weitere Menschen wurden zum Teil aufs Schwerste verletzt und traumatisiert.

Die Welt scheint tatsächlich komplett aus den Fugen geraten zu sein! Und wer von uns geglaubt hätte, dass nach den derzeitigen **Menschenrechtsverbrechen Russlands in der Ukraine** so schnell eigentlich keine Steigerung des abgrundtief Bösen in diesen Tagen unserer Weltzeit mehr möglich wäre, dürfte sich getäuscht haben. Es ist der blanke Horror, ein Zivilisationsbruch, die Schändung aller humanen Grundwerte der Sittlichkeit. Ich erspare mir die Aufzählung der weiteren fürchterlichen Details. Und das alles schließlich noch im Namen eines religiösen Extremismus und Fanatismus. Das ist Gottlosigkeit und Gotteslästerung! Die terroristische Hamas hat das Ziel der Vernichtung Israels und die Ermordung aller Jüdinnen und Juden. Ihnen wird das Mensch-Sein und sogar das Lebensrecht abgesprochen.

Deshalb werden wir in Deutschland fest an der Seite Israels stehen. Das **Existenzrecht Israels** gehört zur **deutschen Staatsräson**. Zu seinem Schutze und zu seiner Verteidigung wird alles getan werden müssen, was an Hilfe, Schutzbeistand und Solidarität nötig ist. Die gesamte freiheitlich-demokratische westliche Welt muss nun zusammenstehen und begreifen, dass auch diese Kriegserklärung an Israel eine weitere **Kriegserklärung an all unsere Werte und Ideale und die Art unseres Zusammenlebens** darstellt.

Das Existenzrecht Israels muss verteidigt werden, und zwar sowohl außen- und verteidigungspolitisch als auch innenpolitisch. Die widerwärtigen **judenfeindlichen Bekundungen, Hasstiraden und Ausschreitungen**, die sich auch gerade wieder auf den Straßen unserer, aber auch anderer europäischer Städte zugetragen haben, sind aufs Schärfste zu verurteilen und zu bekämpfen.

Judenhass auch in unserem Land muss mit der ganzen **Härte des Rechtsstaates** bestraft werden. **Islamistische und antisemitische Ausschreitungen und Tabubrüche** dürfen nicht länger geduldet und verharmlost werden. Die Zunahme von Davidstern-Schmierereien auf Wohnungen jüdischer Mitbürger in der Bundesrepublik sind hochgefährlich und eine Schande! „Nie wieder!“ muss auch für Deutschland gelten.

Die jüngste Ankündigung des **Betätigungsverbotes der Hamas** durch **Bundeskanzler Olaf Scholz** ist vollkommen richtig, aber längst überfällig. Das palästinensische **Terror-Netzwerk „Sami-doun“** muss ebenfalls unverzüglich verboten werden. Alle **Hilfsgelder in Richtung Palästina** müssen jetzt auf den politischen Prüfstand: Es muss sichergestellt werden, dass mit deutschen Geldern nicht direkt oder indirekt Hass und Terror finanziert wird.

Die **neue Weltordnung**, in der wir seit geraumer Zeit leben, wird auch an der gegenwärtigen **Migrationskrise** deutlich: Die **Kommunen** in Deutschland stoßen bei Aufnahme, Unterbringung und Integration an ihre **Belastungsgrenzen**. Dies gilt es ernst zu nehmen. Denn wir wollen das Miteinander in unserer Gesellschaft erhalten. Dabei sollten **Humanität, Ordnung und Begrenzung der Zuwanderung** die leitenden Gedanken sein. Auch der frühere **Bundespräsident Joachim Gauck** hat völlig treffend formuliert: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Die **Ampelregierung** hat hier bisher aber alles in unverantwortlicher Weise einfach laufen lassen.

Wir haben deshalb als **CDU/CSU Bundestagsfraktion** vor einigen Wochen die Initiative übernommen und mit unserem Antrag **„Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik – Irreguläre Migration stoppen“**, eine Reihe sehr konkreter Vorschläge auf den Tisch gelegt. Angesichts der **massiv steigenden Flüchtlingszahlen** und der **enormen Belastung für das Gemeinwesen** ist es schließlich fatal und unverantwortlich, dass die Ampelparteien der Bundesregierung ausgerechnet in dieser Krise noch die finanzielle **Bundesunterstützung für die Flüchtlingskosten in den Kommunen** reduzieren, ja halbieren wollen. Auch in der **Migrations- und Integrationspolitik** brauchen wir deshalb notwendige Anpassungen und Korrekturen.

Die Probleme unseres Landes müssen wieder engagiert, klug und umsichtig und verantwortlich gelöst werden, damit den polarisierenden und spaltenden gesellschaftlichen wie politischen Kräften in unserem Land endlich das Wasser abgegraben wird und damit die Bürgerinnen und Bürger wieder Zuversicht bekommen.

Gottes Segen  
Ihr

Thomas Rachel MdB  
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



# *Thomas Rachel kämpft für Maria Kolesnikowa und die Opposition in Belarus*

*Lukas Lypp*

**I**m Alter von 15 Jahren hat er zum ersten Mal in der Fußgängerzone von Düren gestanden und Unterschriften gesammelt. Seit seinem damaligen Engagement für den DDR-Bürgerrechtler Niko Hübner setzt sich der Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel (CDU/CSU) für die Befreiung politischer Gefangener ein. Sein Credo: Jeder Mensch, egal wo auf der Welt, hat ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Diese Überzeugung habe er schon vor seinem Gang in die Politik und bereits lange vor seiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter geteilt.

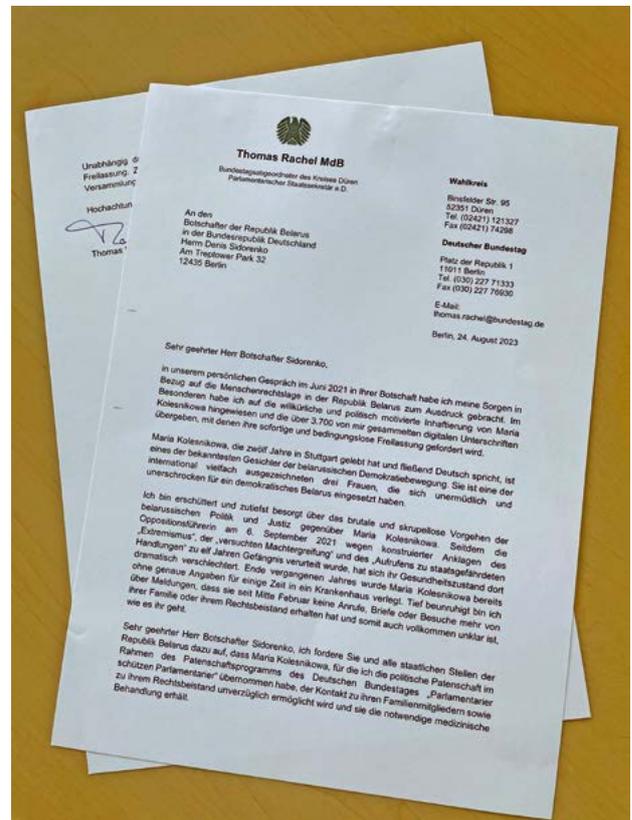
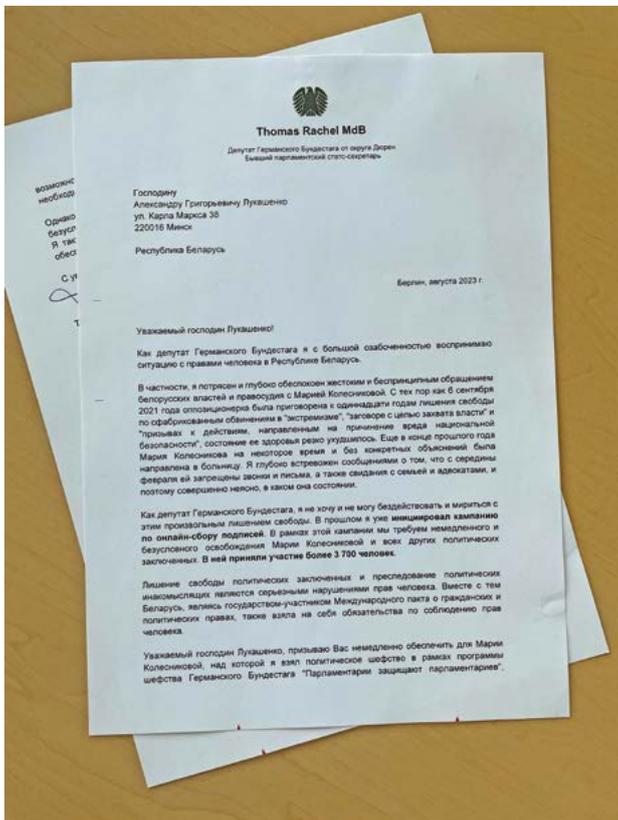
## **Demokratiebewegung gerät aus dem Blickfeld**

Heute setzt sich der Unionspolitiker dafür ein, dass Maria Kolesnikowa, eines der Gesichter der Demokratiebewegung in Belarus, verurteilt zu elf Jahren Lagerhaft, und mit ihr die demokratische Oppositionsbewegung in dem Land, nicht vergessen wird. In Belarus sei die Situation für Oppositionelle seit dem russischen Angriff auf die Ukraine noch unangenehmer und prekärer geworden, sagt Rachel. Die internationale mediale Aufmerksamkeit richte sich fast nur noch auf das Kriegsgeschehen.

Die Regierung des Präsidenten Alexander Lukaschenko, „eine brutale Willkürdiktatur“, habe, im Windschatten dieser Ereignisse, die Demokratiebewegung zurückgedrängt, und deren Vorkämpferinnen und Vorkämpfer ins Gefängnis geworfen. „Die Demokratiebewegung in Belarus hat keinen Raum mehr zum atmen.“ Es bestehe die Gefahr, dass durch den Krieg das Engagement derjenigen, die sich für die Demokratie in Belarus eingesetzt haben, aus dem öffentlichen Blickfeld schwindet. „Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass das nicht passiert.“

## **Rachel: Sie ist eine bemerkenswerte Persönlichkeit**

Das Bemerkenswerte an Maria Kolesnikowa sei, dass diese als Musikerin, die lange Zeit in Deutschland gelebt und gearbeitet habe, zusammen mit zwei anderen Frauen an die Spitze der Demokratiebewegung in Belarus getreten sei; nachdem die Männer, die sich als alternative Präsidentschaftskandidaten zu Lukaschenko beworben hatten, wie Viktor Babaryko, vom Regime inhaftiert worden waren. „Man muss diesen Frauen dafür höchsten Respekt zollen, dass sie sich trotz der



Brief von Thomas Rachel an den Botschafter von Belarus

damit verbundenen erheblichen Gefahren, die dann auch eingetreten sind, mutig für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Meinungsfreiheit in Belarus eingesetzt haben“, unterstreicht Rachel die Leistung von Kolesnikowa und ihrer Mitstreiterinnen.

Als es um die Zukunft des Landes gegangen sei, im Wahlkampf 2020, um die Frage, ob Pluralismus, demokratische Parteien und Meinungsfreiheit sich in Belarus durchsetzen würden, sei Kolesnikowa in ihr Land zurückgekehrt und habe sich dort mit höchstem Engagement für diese Werte eingesetzt und so Millionen ihrer Landsleute Hoffnung vermittelt. Als einfache Bürgerin, nicht als Politikerin, habe sie sich berufen gefühlt, Freiheitsrechte, die für uns in Deutschland, in Westeuropa selbstverständlich sind und wie sie die UN-Charta allen Menschen zugestehen, auch für die Menschen in Belarus zu erstreiten. Nach dieser bemerkenswerten persönlichen Entscheidung sei Kolesnikowa zu einer mutigen Stimme der Demokratiebewegung geworden, habe, zu Dritt mit zwei anderen, die Führungsrolle der belarussischen Opposition übernommen, dieser ein Gesicht gegeben.

Dafür sei sie unter anderem im Mai 2022 mit dem internationalen Aachener Karlspreis ausgezeichnet worden, den ihre Schwester stellvertretend für sie entgegengenommen habe. Die von Lukaschenko manipulierte Wahl im August 2020 hatte der oppositionellen Demokratiebewegung in Belarus Auftrieb gegeben. Internationale Organisationen wie auch Menschenrechtsorganisationen hatten die Wahl als nicht frei und nicht demokratisch bezeichnet. Zudem wurde kritisiert, dass Lukaschenkos Sicherheitskräfte mit unverhältnismäßiger Härte gegen friedliche Demonstranten vorgegangen waren.

### Inhaftierung, Anklage, Prozess, düstere Perspektiven

Maria Kolesnikowa geriet durch ihr Auftreten als Unterstützerin von Präsidentschaftskandidat Babaryko und dann ihre

wachsende Rolle als Oppositionspolitikerin sofort ins Visier des amtierenden Präsidenten und seiner Regierung. Im September 2020 hatte die belarussische Führung zunächst versucht, sich Kolesnikowa zu entledigen und sie außer Landes zu bringen. Diese konnte sich jedoch gegen die Abschiebung zur Wehr setzen: An der Grenze zur Ukraine zerriss sie ihren Pass. Ohne das Dokument konnte sie nicht ausgewiesen werden. Die internationale Presse berichtete über den spektakulären Schritt.

Sie wurde dann in ihrer Heimat sofort in Untersuchungshaft genommen. Im Mai 2021 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen sie. Die Vorwürfe: Kolesnikowa gefährde die nationale Sicherheit, habe eine extremistische Organisation gegründet und angeführt sowie an einer illegalen Machtübernahme gearbeitet. Es folgte im August und September 2021 in Minsk ein Gerichtsprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das Urteil lautete: elf Jahre Strafkolonie. Das sei so ziemlich das Schlimmste was einem passieren könne, gibt Rachel zu bedenken. „Das Allerschlimmste aber wäre, wenn die Öffentlichkeit sie vergisst.“

### Rachel: Inhaftierte müssen Aufmerksamkeit erhalten

Das drohende Vergessen sei für ihn der treibende Faktor, sich für politische Gefangene einzusetzen, sagt Rachel. Wer zu Unrecht weggesperrt werde, dem müsse zunächst durch gesteigerte Aufmerksamkeit geholfen werden. Alle seien gefordert: Es brauche die professionelle Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen, das Engagement Prominenter, das Gewicht eines international angesehenen Verfassungsorgans wie des Deutschen Bundestages.

Früher noch als Einzelkämpfer, völlig ohne den Hintergrund eines Vereins, überführe er heute als Abgeordneter sein Engagement für Verfolgte in das Patenschaftsprogramm des

[Weiterlesen S. 6](#)



## Freiheit für MARIA KOLESNIKOWA

Geboren 1982, Kolesnikowa lebte 12 Jahre in Stuttgart und spricht fließend deutsch.

Sie ist eines der bekanntesten Gesichter der Demokratiebewegung in Belarus – wurde im September 2020 entführt, konnte sich jedoch gegen eine Abschiebung aus Belarus wehren und wurde verhaftet.

Nach der anschließenden Anklage wegen angeblicher „Gefährdung der staatlichen Sicherheit“ wurde Kolesnikowa zu elf Jahren Haft verurteilt. Sie sitzt seitdem im Gefängnis.

Mit meiner Unterschrift fordere ich von der Staatsführung in Belarus die sofortige und bedingungslose Freilassung von MARIA KOLESNIKOWA sowie aller weiteren politischen Gefangenen.

	Vor-, Nachname	Straße	PLZ, Ort	Unterschrift
1				
2				
3				
4				
5				
6				
7				
8				
9				
10				



Gerne können Sie diese Liste (auch unvollständig) an mein Bundestagsbüro (Thomas Rachel MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, [thomas.rachel@bundestag.de](mailto:thomas.rachel@bundestag.de)) senden.  
Kontakt: 030 227 71083  
THOMAS RACHEL MdB  
Bundesvorsitzender des EAK (CDU/CSU)

Bundestages „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ (PsP), das in dieser Wahlperiode zum sechsten Mal aufgelegt wurde: Ein Jahr nach Beginn der 20. Wahlperiode machen bereits fast 100 Abgeordnete bei dem vom Sekretariat des Menschenrechtsausschusses betreuten Programm mit. Auch Maria Kolesnikowa unterstütze er seit kurzem im Rahmen einer PsP-Patenschaft. Jeder kann sich einsetzen, um Inhaftierten zu helfen, so Rachel. Beispielsweise durch die Unterstützung von Menschenrechtsaktionen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) oder von Amnesty International.

### **Gewicht als Parlamentarier in die Waagschale werfen**

Als Abgeordneter müsse man erst recht seine Stimme erheben, findet Rachel, sein Gewicht als Mandatsträger in die Waagschale werfen, um „Vertreter eines anderen Landes, einer anderen Regierung, rechenschaftspflichtig zu machen. Ich nutze meine besonderen Möglichkeiten, um diplomatisch und öffentlich zu wirken und Aufmerksamkeit zu erzeugen.“ Als Abgeordneter eine PsP-Patenschaft zu übernehmen, bedeute eine zusätzliche Verantwortung gegenüber einem Schutzsuchenden, schaffe aufgrund ihres offiziellen Charakters zusätzliche Verbindlichkeit und lenke zusätzliche Aufmerksamkeit auf den Fall.

Bereits mehrfach habe er in den vergangenen Jahren Inhaftierte aus der Haft freibekommen können, erinnert sich der CDU-Politiker. Momentan kümmere er sich noch um andere Menschenrechtler, habe weitere Patenschaften übernommen, beispielsweise für einen Iraner, der als christlicher Konvertit wegen seiner religiösen Überzeugung verfolgt wurde. Seit seinem ersten Engagement setze er dabei auf das Wissen der IGFM, um Fälle aufzufindig zu machen und sich von der Wahrhaftigkeit und Authentizität jedes einzelnen Falls zu überzeugen.

### **„Mehrfacher Respekt“ vor dem Engagement Kolesnikowas**

Total fasziniert – und dann schockiert – habe ihn, was mit Maria Kolesnikowa passiert sei: deren Entschluss, ihrem Land zu helfen, sowie, dass sie nach ihrem Einsatz für die Demokratiebewegung festgenommen und inhaftiert worden sei. Obwohl sie außer Landes hätte gehen können. Das nötige einem „mehrfachen Respekt“ ab. Anfang 2021 habe sein Entschluss schnell festgestanden: „Da kann ich nicht tatenlos zusehen.“

Dreieinhalbtausend Unterschriften habe er in seinem Wahlkreis und darüber hinaus gesammelt. Damit äußerten die Teilnehmer und er ihre Kritik an der willkürlichen und absurden Anklage gegen Kolesnikowa und forderten von der belarussischen Staatsführung die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, erklärt Rachel. Sein Engagement für Maria sei zugleich immer eines für die politische Inhaftierten in Belarus insgesamt. „Auch die Menschen in Belarus haben Anspruch auf Freiheit und Demokratie“, sagt der Rheinländer.

### **„Werden internationales Interesse wach halten“**

Um die Unterschriften zu überreichen, habe ihm der belarussische Botschafter tatsächlich ein einstündiges Gespräch gewährt, erzählt der CDU-Politiker, bei dem er seine Kritik und Forderungen gegenüber der Regierung in Minsk vorgetragen

habe. Es gehe darum, jede Möglichkeit, Aufmerksamkeit für inhaftierte Menschen zu bekommen, zu nutzen.

Seine Botschaft an den belarussischen Präsidenten sei: Lukaschenko solle sich nicht täuschen. „Das internationale Interesse an Maria Kolesnikowa und den anderen politischen Inhaftierten wird bleiben. Wir werden es wach halten. Wir stehen fest an der Seite der friedlichen Bevölkerung. Wir werden weiterhin die schockierende Repression und Gewalt kritisieren. Wir werden weiterhin die Einhaltung von Menschenrechten auch in Belarus einfordern.“

### **Ziel: Freilassung ohne Bedingungen**

„Ich werde dran bleiben bis sie freikommt, sie muss sofort ohne Bedingungen aus der Haft entlassen werden“, hat sich Rachel als Ziel seiner Patenschaft gesetzt. Unmittelbar müsse Maria zudem eine Verbesserung der Haftbedingungen und eine angemessene medizinische Unterstützung zugesichert werden, fordert Rachel, sowie, dass deren Familie, aber auch Organisationen wie das dortige Rote Kreuz regelmäßigen Zugang zu ihr bekämen. Regelmäßige Kontakte würden dazu beitragen, dass ihr nichts passiert. Auch das Auswärtige Amt ermutige er, sich um die politischen Inhaftierten in Belarus zu kümmern.

„Ich versuche, alle Kanäle, die sich bieten, zu nutzen.“

Um sich über die Lage in Belarus und den aktuellen Zustand von Kolesnikowa auf dem Laufenden zu halten, stehe er mit dem Auswärtigen Amt und der IGFM in Kontakt. Darüber hinaus hat Rachel auch mit der Schwester der Inhaftierten und der belarussischen Zivilgesellschaft in Berlin Kontakt aufgenommen. Auch als Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland setze er sich für die Belange der politischen Inhaftierten in Belarus ein. „Ich versuche, alle Kanäle, die sich bieten, zu nutzen.“ Ins Gefängnis habe er Maria Kolesnikowa „ein mutmachendes Schreiben“ geschickt. „Hoffentlich hat es sie erreicht.“

### **Christliches Menschenbild und Diktaturerfahrungen**

Hauptmotivation für sein Engagement sei sein christliches Menschenbild, sagt Thomas Rachel: „Jeder Mensch ist einzigartig, jeder hat eine von Gott gegebene Menschenwürde und muss die Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten.“ Es komme hinzu, „dass wir in Deutschland für ein Schicksal wie das von Maria Kolesnikowa besonders sensibel sein müssen. Weil wir zwei Diktaturen im eigenen Land gehabt haben.“

Den Nationalsozialismus, wo willkürlich Menschen auch wegen anderer religiöser und politischer Überzeugung inhaftiert und umgebracht wurden und Massenmord begangen wurde. Und die DDR-Diktatur, die politisch Andersdenkende inhaftiert hat, ihnen Berufsverbot erteilt und die Demokratiebewegung jahrzehntelang bespitzelt und unterdrückt hat.“ Auch aus den beiden totalitären Diktaturen im eigenen Land resultiere eine besondere Verantwortung für Menschen, denen es nicht gut geht. (11/06.03.2023)

*Lukas Lypp berichtet als freier Journalist in verschiedenen Medien regelmäßig über das bundespolitische Geschehen in der Hauptstadt.*



# *Tradition und Fortschritt*

*Christian Hirte MdB*

**T**radition und Fortschritt werden zurzeit gerne gegeneinander ausgespielt. Wer sich in Medien oder sozialen Netzwerken auf Traditionen und gewachsene Werte beruft, wird oft als rückwärtsgewandt abgestempelt, wenn nicht gleich als böswillig. Wer sich andersherum als progressiv bezeichnet, soll am besten alles gleich radikal anders machen. Dass das unsinnig ist, sollte auf der Hand liegen. Dass das auch unnötig ist, zeigt ein Blick in die jüngere Geschichte. Auch in der jungen Bundesrepublik war die Gesellschaft polarisiert, die Gräben zwischen Weltbildern und Konfessionen waren tief. Was uns bis heute erfolgreich darüber hinweg getragen hat, war der Gedanke an Verbindendes, der Unionsgedanke.

Union heißt im politischen Kontext, nicht nur für die Partei gleichen Namens, die Gesellschaft in ihrer Breite zu betrachten. Wenig überraschend kommen dagegen die einseitigen Rufe nach wahlweise keiner oder radikaler Veränderung von den Rändern des politischen Spektrums. Das ist erstens problematisch, weil es falsch ist. Unsere Gesellschaft hat gleichzeitig gewachsene Strukturen, und sie steht vor offensichtlichen Herausforderungen. Solche Rufe sind zweitens problematisch, weil sie die Breite der Gesellschaft ignorieren und weiter polarisieren.

Gute politische Entscheidungen kann man schließlich nur treffen, wenn man beide Seiten der Medaille von Tradition und Fortschritt im Blick hat. Dazu gehört es, Herausforderungen offen anzugehen ohne bewährte Strategien dabei

auszuschließen. Dazu gehört es auch, mit gesundem Menschenverstand zu prüfen, ob man Dinge mutmaßlich besser macht anstatt Hauptsache gleich oder anders.

## **Kulturkampf**

Am meisten gilt das vielleicht für den mehr oder weniger offenen Kulturkampf, in dem wir uns gesellschaftlich befinden. Unsere Debatten werden hitziger und empfindlicher, ohne dass dabei Konflikte inhaltlich besser ausgetragen werden. Gerade die selbsternannten ‚wahren‘ Konservativen oder Progressiven wollen die Wahrheit allein gepachtet haben. Das lassen sie alle anderen gerne mit erhobenem Zeigefinger wissen.

Das gilt für die Genderdebatte, in der niemand mehr genau weiß, was sich alles hinter LGBTQ+ verbergen soll. Das gilt mindestens so sehr für die Sprachdebatte, in der wahlweise Anglizismen bekämpft oder auch harmlose Begriffe mit Sternchen und Doppelpunkten zerstückelt werden. Der Eifer der Aktivisten geht so weit, dass selbst Kinderbücher inzwischen zensiert und nachträglich ‚politisch korrekt‘ gefasst werden.

Der Eindruck, dass es mehr um klare Feindbilder als um inhaltliche Auseinandersetzung geht, lässt nicht lange auf sich warten. Ähnlich sieht es in der Debatte um Kultur und Integration aus. Der rechte politische Rand propagiert die drohende ‚Überfremdung‘. Der Linke politische Rand kämpft gegen

Weihnachtsmärkte, die Mohrenstraße in Berlin und die Sternsinger, weil er darin eine diskriminierende Beleidigung von Menschen mit Migrationshintergrund wittert. Dass die Verleugnung eigener Traditionen die Integration von Menschen anderer kultureller Prägung nicht einfacher macht, wird ausgeblendet. Lösungsorientiert sind solche Debatten jedenfalls nicht. Reflexhafte Vorwürfe von Rassismus, Sexismus und irgendeiner Form von Diskriminierung helfen nicht weiter, wenn es um Gesellschaftspolitik geht. Dabei gibt es definitiv genug zu diskutieren. In der Genderdebatte lässt sich gut über die Rollen und Lasten der Geschlechter reden. Die familiäre und berufliche Doppelbelastung von Müttern beispielsweise kann man als diskriminierend betrachten, wenn Anerkennung und Wertschätzung dafür ausbleiben. Auch die Herausforderungen in der Integration sind real. Sie lassen sich aber besser bewältigen, wenn man die eigenen Traditionen im Blick hat und darin Dinge sucht, die Menschen verbinden und einbinden können. Die Wahrscheinlichkeit, dass Weihnachten und Weihnachtsmärkte dazugehören, ist hoch.

*„Dass die Verleugnung eigener Traditionen die Integration von Menschen anderer kultureller Prägung nicht einfacher macht, wird ausgeblendet.“*

### Klimapolitik

Besonders schwierig wird es, wenn der Kulturkampf in ein Thema sickert, das so komplex wie dringend ist. Das ist in der Klimapolitik allzu oft der Fall. Gerne wird hier eine abenteuerliche Mischung aus eindimensionalen Lösungsvorschlägen und symbolischem Aktivismus mit nachhaltiger Strategie verwechselt. Fakt ist, dass weder klebende Demonstranten noch der moralische Veganismus einiger hundert Berliner hilfreich sind, wenn es zum Beispiel um den Umbau der deutschen Energieinfrastruktur geht.

Dieser Umbau unseres Energiesektors ist maximal wichtig. Er kann aber nur gelingen, wenn er eine Brücke zwischen zwei großen Anforderungen schlägt: Einerseits der schnellen Klimaneutralität, weil wir tun müssen, was wir können, um Erderwärmung und Umweltzerstörung einzudämmen. Andererseits der Erhaltung und Transformation gewachsener Schlüsselindustrien. Denn wenn wir die wirtschaftliche und politische Basis unserer Stärke opfern, werden wir weder im eigenen Land noch global etwas bewegen können. Als globaler Akteur können wir nur dann einen Beitrag leisten, wenn wir tragfähige Lösungen statt Ideologie anzubieten haben. Auch an dieser Stelle brauchen also

wir gewachsenen Strukturen, um einen guten Fortschritt herbeiführen zu können.

### Unionsgedanke

Zu einer tragfähigen politischen Lösung gehört, dass sie in der Breite der Gesellschaft funktioniert. Nicht jeder Gruppierung wird sie gleich gut gefallen, aber unterm Strich muss sie Differenzen verbinden können. Das ist möglich, und hat in der Geschichte der Bundesrepublik mehr als einmal geklappt. In den ersten Jahren nach dem Krieg waren die gesellschaftlichen Gräben mindestens so tief wie heute. Die Antwort des bürgerlichen politischen Spektrums war die Union, ursprünglich eine Union zwischen katholischer und evangelischer Konfession. Das mag heute unscheinbar wirken, war aber im Identitätsgefühl und Weltbild der Zeit ein gewaltiger Sprung nach vorne. Diese Union hat die soziale Marktwirtschaft hervorgebracht, die ideologische Differenzen in Wirtschaft und Politik so nachhaltig überbrückt hat, dass wir bis heute darum beneidet werden.

Auch heute brauchen wir einen Unionsgedanken, um nach vorne zu kommen. Damit ein nachhaltiger Fortschritt gelingt, müssen wir verschiedene gesellschaftliche Gruppen einbinden und zusammenbringen: Progressive und Konservative, alte und junge, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Stadt und Land, Ost und West. Das ist durchaus anstrengend, Auseinandersetzung und konstruktiver Streit sind notwendig.

*„Als globaler Akteur können wir nur dann einen Beitrag leisten, wenn wir tragfähige Lösungen statt Ideologie anzubieten haben.“*

Wenn wir diese Breite unserer Gesellschaft aber schätzen können und uns auf die Werte des Grundgesetzes besinnen, die uns verbinden, werden wir mehr erreichen. Wenn wir unsere Traditionen und Herausforderungen als Ergänzung begreifen, haben wir die Chance, Dinge nachhaltig besser zu machen.



*Christian Hirte MdB*

geboren im Mai 1976 in Bad Salzungen, Thüringen, ist römisch-katholisch, verheiratet und hat drei Kinder. Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2017 Vorsitzender des Kardinal-Höfner-Kreises der CDU/CSU Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag.

## Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.



# Freuen Sie sich auf künftige Studienreisen mit dem EAK

Die EAK-Studienreisen erfreuen sich nach wie vor großer Beliebtheit und das Interesse an ihnen ist ungebrochen.

Aus diesem Grunde haben wir das Programm erweitert und werden künftig neben den Reisen in das Heilige Land auch andere Ziele anbieten. Nachstehend finden Sie eine kurze Übersicht über das Programm für 2023/2024.

## 10.–19.11.2023, Routenvariante A

Noch im Jahr 2023 fahren wir vom 10.–19. November in das Heilige Land, Routenvariante A mit Westjordanland (See Genezareth, Nazareth, Ramallah, Jericho, Bethlehem, Jordantal mit Totem Meer, Jerusalem, Tel Aviv).

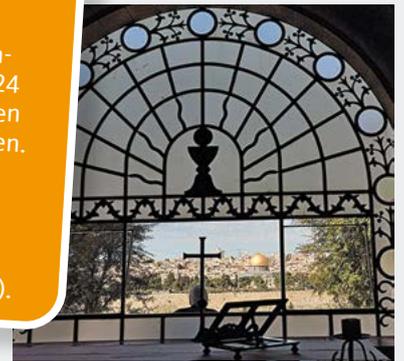
Programm und Möglichkeit der Anmeldung über den Link: [www.tms.travel/eak6](http://www.tms.travel/eak6)



Diese Reise wurde aufgrund des Krieges in Israel kurz vor Drucklegung abgesagt.

Was dies für die weiteren geplanten Reisen ins Heilige Land in 2024 bedeutet, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Bitte wenden Sie sich bei allen diesbezüglichen Fragen an unseren Reiseorganisator Friedemann Schwarzmeier (s. S. 10).



## 28.02.–08.03.2024 Heiliges Land, Routenvariante B

Jerusalem, Sde Boker mit Gräbern der Eheleute Ben Gurion, Massada, Jordantal mit Totem Meer, See Genezareth, Golanhöhen, Akko, Haifa, Tel Aviv

Programm und Möglichkeit der Anmeldung über den Link: [www.tms.travel/eak7](http://www.tms.travel/eak7)



## 13.–22.03.2024 Irland

Beginnend in Nordirland und mit Feier des St. Patrick's Day in Dublin, Besuch von Klöstern und historischen Stätten.

Programm und Möglichkeit der Anmeldung über den Link: [www.tms.travel/eak8](http://www.tms.travel/eak8)



## Voraussichtlich 27.09.–06.10.2024, Baltikum

Mit **Tallinn** mit der größten Sängerarena der Welt, **Tartu** mit Universität, **Riga**, der Hauptstadt des Jugendstil und **Vilnius**, dem Jerusalem des Ostens und Rückreise per Schiff nach Kiel. Hierzu liegt *noch kein Link* vor.



## Voraussichtlich 09.–17.11.2024 Heiliges Land, Routenvariante A (s. S. 9 oben)

Informationen folgen.

Informationen zu den Reisen können Sie über [f.schwarzmeier@gmx.de](mailto:f.schwarzmeier@gmx.de) erhalten.



# „Jetzt ist die Zeit“ (Mk 1, 15a)

Rückblick auf den traditionellen EAK-Kirchentagsempfang und den 38. DEKT in Nürnberg

Die Welt ist in neuer Unordnung, stellt EAK-Vorsitzender Thomas Rachel zur Eröffnung des Kirchentagsempfanges des EAK fest. Wir vergleichen gestern und heute, betrauern das Vergangene und müssen den Blick nach vorne werfen. „Jetzt ist die Zeit“, bekräftigt Rachel das Kirchentagsmotto. „Immer im Bewusstsein unserer Endlichkeit handeln wir mit Blick auf die Erlösung durch Jesus Christus.“ In diesem Sinn begleiten der Evangelische Arbeitskreis, CDU und CSU den Kirchentag.



Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, CDU-Chef Friedrich Merz, Bischöfin Kirsten Fehrs und Thomas Rachel im Nürnberger Max-Morlock-Stadion, gerahmt von der Bayerischen EAK-Landesvorsitzenden, Barbara Becker MdL (oben links), und den Fränkischen Weinprinzessinnen (untere Reihe).



Der EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel MdB, bei der Empfangseröffnung.



Die stellvertretenden EAK-Bundesvorsitzenden, Henning Aretz (links) und Pastor Dirk Heuer (rechts), zusammen mit Bayerns Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann (Mitte)



Der „UHU“-Bläserchor aus Mecklenburg-Vorpommern ist traditionell auf allen EAK-Kirchentagsempfängen mit dabei!

### Thomas de Maizière: Eine Welt ohne Kirche? Undenkbar!

„Was ist unsere Rolle in einer sich immer weiter säkularisierenden Welt?“ fragt Kirchentagspräsident Thomas de Maizière. Er stellt fest, dass vor allem Ältere den Kirchen treu bleiben, viele Jüngere nach Alternativen suchen. „Für die Jugend zählt die Rushhour des Lebens“, stellt de Maizière fest. Die Schwerpunktsetzung hat sich verschoben. Die Selbstverständlichkeit zu Glaube und Bindung fehlt.

Die evangelische Kirche reagiert darauf. „Wir sind in einem tiefen Reformprozess“, sagt er. Kirche muss und wird sich verändern. „Wir machen uns Gedanken um die Zukunft, damit wir so erfolgreich bleiben wie in den vergangenen 30 Jahren.“ Der Prozess zum neuen Grundsatzprogramm der CDU greift das auf. „Das Christliche ist die DNA unseres innersten Kerns“, bekräftigt de Maizière. Aber sowohl CDU als auch Kirchen müssen sich für andere Glaubenswege öffnen. So ergibt sich die Frage: „Wie können wir unsere DNA bewahren und uns gleichzeitig öffnen?“ De Maizière gibt das Beispiel der Versöhnung durch Noah: Die große Veränderung war deutlich. Doch mit der Taube sandte Gott den Menschen ein Friedensangebot. Veränderung und Versöhnung sind auch die Chance für Kirche und Politik.



Kirchentagspräsident Dr. Thomas de Maizière



Der Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands Friedrich Merz.  
(Foto: CDU)

### Friedrich Merz: Uns leiten Zuversicht und Optimismus

„Seit über 70 Jahren baut der EAK Brücken in der Union“, betont CDU-Chef Friedrich Merz. „Im Geist der Überparteilichkeit zwischen Glaube und Politik, zwischen Kirche und Staat.“ Damit gibt der EAK in CDU und CSU Sicherheit in einer Welt im Wandel.

2023 sei die Welt unsicherer denn je, so Merz. Der russische Krieg gegen die Ukraine ist eine tiefe Zäsur. „Wie begegnen wir dem Verlust an Sicherheit?“ fragt er. Der erste Schritt muss sein, so Merz: „Die freiheitliche Welt muss in solchen Zeiten zusammenstehen. Wir stehen an der Seite der Ukraine. Und wir stehen für unsere Werte ein.“

Auch Klimawandel und Corona machen uns die Verletzlichkeit unserer Lebensgrundlagen deutlich. Dagegen braucht es eine klare Haltung, so Merz. „Wir sollen uns nicht von Angst leiten lassen, sondern für Veränderung zum Besseren eintreten.“ Gerade Corona hat auch einen starken Zusammenhalt unserer Gesellschaft gezeigt. „Dafür Danke!“

„Wir Christen begegnen Veränderungen mit Zuversicht, Optimismus, Mut und Gestaltungswillen. Wir lassen uns in unserem Handeln nicht von Ideologie leiten. Und wir müssen uns als Christenheit immer unserer Verantwortung bewusst werden.“

### Kirsten Fehrs: Es braucht das ‚C‘

„Jetzt ist die Zeit, aufzuhören mit allem, was das Leben gefährdet.“ Kirsten Fehrs, Landesbischöfin in Hamburg, mahnt zu einem kritischen Umgang mit unserer Zeit. Die „neue Weltordnung“, braucht neue Zuversicht – für die Gesellschaft, aber auch für jede und jeden Einzelnen von uns. „Es braucht die Religion als Haltung.“

Landesbischöfin Kirsten Fehrs. Deshalb braucht es das ‚C‘ in der Gesellschaft und in der Politik.“ Es ist Zeichen des Respektes im Umgang miteinander. Und das wiederum teilen alle Religionen. „Das ‚C‘ ist damit mehr als ein Buchstabe. Das ‚C‘ trägt durch Krisen. Es ist Friedensdienst und die Kraft, zu vertrauen.“ Genau das aber brauche man für „German Mut statt German Angst“. Und die CDU ist dafür ein richtiger Partner.

## Markus Söder: Es geht um Schutz und Zuflucht

„Ich bin evangelisch und bekenne das auch gerne.“ Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder weiß aus eigener Erfahrung, „dass Kirchenarbeit etwas ganz Besonderes ist“. Kirche muss ein Schutzraum sein – Politik muss diesen Schutzraum gewährleisten. „Wenn eine Gesellschaft aber nur in Freude zusammensteht und nicht in Verantwortung“, dann gibt sie ihre Zukunft auf, sagt er. „Zu zeigen, dass jeder wichtig ist, das ist ein starkes Zeichen dafür, dass das ‚C‘ richtig ist.“

Die aktuelle Kirchen-Krise sieht Söder auch als moralische Krise. „Der Kern ist die Frage: Wie viel Respekt hat man vor den Kirchen und ihren Würdenträgern?“ Er sieht angesichts mancher Skandale, dass „die Institution Kirche wackeliger ist, als wir glauben“. Dagegen muss sie mit Überzeugung angehen.



Der Bayerische Ministerpräsident und CDU-Vorsitzende Markus Söder



## KIRCHENTAG VOR ORT: GEMEINSCHAFTSSTAND VON EAK UND CDU AUF DEM „MARKT DER MÖGLICHKEITEN“ – TAG 1

Gespräche, Austausch, Information. CDU und EAK sind am ersten Tag gut besucht. Noch vor der offiziellen Eröffnung zeigte sich Ministerin Tamara Zieschang am EAK-Stand. Thomas Rachel übernimmt die ersten Interviews mit bekannten Personen aus Politik und Kirche.

### Volker Kauder: „Der Mensch ist zur Freiheit befreit.“

Volker Kauder nutzt seine neugewonnene persönliche Freiheit für ehrenamtlichen Einsatz für Religionsfreiheit und Schutz aller Christen weltweit. „Wo die Glaubensfreiheit nicht besteht, ist der Mensch nicht frei“, sagt er. Deshalb tritt er weiter für diese ein. Vor allem die Situation der Christen ist vielfach dramatisch. „Da müssen wir noch viel tun“, sagt er.



Volker Kauder, langjähriger Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Thomas Rachel

Deutschland zeichnet aus, dass jede und jeder von uns „problemlos in die Kirche gehen kann“, führt Kauder aus. Dass ist vielerorts ganz anders. Wir müssen uns das bewusst machen. Und wir müssen dagegen angehen. „Menschen werden dort in ihrer Religion beschnitten, wo die Einheit von Religion und Nation gilt.“ Indien, Ungarn oder Polen verbinden Nationalismus und Religion. Dort wird Religion zur Bedingung für Teilhabe. In Afrika gibt es Unfreiheit „da, wo der Staat zu schwach ist“. Nigeria ist hier ein Beispiel: Christen werden dort von Boko Haram massiv verfolgt und bedroht.

„Nationalismus beginnt da, wo ein Staat sagt: Nur, wer eine bestimmte Religion hat, gehört zu uns. Da muss man intensiver für Religionsfreiheit werben“, sagt Kauder. Aber auch das gibt es: China erlebt eine Rückbesinnung zu Religion: Junge Menschen beten für beruflichen Erfolg und wenden sich den alten Göttern zu.

### Hermann Gröhe: Da ändert sich was.

„Wir sind häufig in der Gefahr, Dinge vor uns herzuschieben.“ Jetzt ist die Zeit, das heißt: Jetzt handeln. Es heißt auch: Jeder Schritt zählt, mache heute den ersten. „Salopp gesagt: Krieg den Hintern hoch.“ Jetzt ist die Zeit. „Das ist Motivation, Trost und Zusage.“



Thomas Rachel und der ehemalige Bundesminister Hermann Gröhe am Stand von „Brot für die Welt“

Waffen in die Ukraine? „Das passt genau zu diesem Motto. Jetzt ist die Zeit, auch unbequemen Debatten nicht auszuweichen“, sagt Gröhe. Der Bundespräsident hatte auf dem Eröffnungsgottesdienst die richtigen Worte gefunden, den Krieg als „Epochenbruch“ bezeichnet, sagt der CDU-Politiker. „Die Veränderung durch den Ukraine-Krieg heißt auch: Es wird nicht wieder wie vorher. Da ändert sich was. Und da bleibt auch eine Veränderung.“ Wir werden wieder bedroht, ist eine neue Wahrheit. Der Klimawandel ist eine andere. „Wie kriegen wir es in den Kopf, dass große Fragen weltweite Lösungen brauchen?“ fragt Gröhe. Die Demokratien müssen dazu neue Herausforderungen meistern, neue Stärke entwickeln.

Können Freiheit und Demokratie in der Welt vor diesem Hintergrund neue Kraft schöpfen, fragt Rachel nach. Ja, sagt Gröhe, aber sie muss wirken. „Die Soziale Marktwirtschaft überzeugte, weil es funktionierte.“ Die Soziale Marktwirtschaft muss auch heute Ideale und gesellschaftliche Bedarfe befriedigen. „Da findet weltweit

eine große Auseinandersetzung statt.“ Wir müssen in immer mehr Fragen neue Partner finden, sagt Gröhe. Wir müssen den Menschen den Rücken stärken, in Deutschland und weltweit.

Und zur Ukraine: „Ich glaube, in der Ukraine wird die Freiheit gewinnen“, sagt Gröhe. Viel problematischer sieht der ehemalige Bundesminister die Kosten. Das Geld für den notwendigen Wiederaufbau wird fehlen für Ernährung, für Gesundheitsvorsorge und sozialen Ausgleich. In Deutschland lässt sich das auffangen, in Afrika nicht überall. Damit ergibt sich aus der Krise auch die Aufgabe, die Weltgemeinschaft neu zu denken.

### Bernhard Felmberg: Im Einsatz für die Freiheit

Der Bedarf nach Anleitung durch die Seelsorge ist angewachsen, sagt Bernhard Felmberg mit Blick auf neue Einsätze unserer Bundeswehr. Mehr als 100 Seelsorger kümmern sich in Deutschland und in den Einsatzgebieten um das seelische Wohl der Soldatinnen und Soldaten. Der Militärseelsorger der EKD stellt fest: „Wir haben derzeit sehr viel zu tun.“

„Vier Monate im Container, vier Wochen ohne Privatsphäre, vier Wochen abends im Container Gesellschaftsspiele“ – Felmberg zeichnet ein deutliches Bild der Soldaten im Auslandseinsatz. Es ist ein Bild von Belastung im Dienst und in der Freizeit. „Wir versuchen Entlastung für die Seelen zu geben“, sagt Felmberg. „Auch Seelen wieder zu heilen“, wenn die Frauen und Männer aus dem Einsatz kommen.

„Wir machen die Erfahrung: Wir können nicht alles mit dem Wort lösen. Es gibt Menschen, es gibt Staaten, die auf Verhandlungen nicht reagieren.“ Als Christen und Soldaten stehen viele Frauen und Männer vor großen Herausforderungen und vor großer innerer Zerrissenheit. „Deshalb ist es wichtig, dass wir auch innerhalb der Bundeswehr mit ethischen Seminaren dazu arbeiten.“ Soldatinnen und Soldaten müssen wissen, dass sie angesichts der Umstände richtig handeln.

Ist Waffengebrauch überhaupt zu rechtfertigen? „Ich habe großen Respekt vor allen, die in einer Notwehrsituation für sich entscheiden, dass sie auf Gegenwehr verzichten.“ Felmberg will das aber nicht auf die Gesellschaft als Ganze übertragen. Am Ende geht es um „angemessenes Handeln“. Der Militärbischof sieht hier „eine Lernkurve“. „Wenn wir nicht gehandelt hätten, wäre die Ukraine jetzt vielleicht schon russisch – und Polen in einer besonderen Situation.“



Der Ev. Militärbischof Dr. Bernhard Felmberg zeichnet ein umfassendes Bild über die seelische Situation von Soldatinnen und Soldaten im Einsatz



Thomas Rachel und Diakoniepräsident Ulrich Lillie beim Besuch des Standes der „Diakonie“

### Ulrich Lillie: Glauben aus Liebe

„Ein großes evangelisches Familientreffen“, nennt Ulrich Lillie den evangelischen Kirchentag. Der Präsident der Diakonie in Deutschland sieht darin die Chance, mit modernen Formaten den Dialog in der Gesellschaft zu führen. Sehr viel kann dadurch bewegt und erreicht werden, sagt er. „Aber wir dürfen uns auch keiner Täuschung hingeben.“

Lillie will eine differenzierte Sicht auf den assistierten Suizid. Er betont im Talk mit Thomas Rachel: Viele Menschen sehen sich am Ende ihres Lebens mit ihrem Leiden alleingelassen. Da muss Kirche, da kann auch die Diakonie helfen. „Wie begleiten wir die Menschen, dass wir sie immer wieder für eine lebensfrohe Entscheidung gewinnen können?“ Darüber muss man dann reden. Auch Thomas Rachel sieht das Thema aus zwei Perspektiven: „Ich möchte unbedingt verhindern, dass aus dem assistierten Suizid ein Geschäft wird.“ Es ist eine sensible und entscheidende Lebensphase. Die darf nicht kommerzialisiert werden. Er fordert aber: „Wir brauchen eine Sowohl-als-auch-Debatte, keine Entweder-oder-Debatte“. Rachel: Wir müssen uns um die kümmern, die am Ende ihres Lebens Schmerzsituationen, Krebs oder anderem ausgesetzt sind.“ Es darf aber keinen assistierten Suizid allein aus Lebensmüdigkeit – ohne Krankheit oder Schmerzen – möglich werden.

Lillie begrüßt, dass das BVerG betont hat: Der assistierte Suizid darf nicht zum Normalfall werden. Für Lillie ist klar: „Wir müssen viel öfter mit den Menschen darüber reden.“ Die Debatte ist umso dringender, als die Alterspyramide in Deutschland sehr viele Menschen in einem entsprechenden Alter sieht. Lillie fordert auch: „Wir müssen auch dafür sorgen, dass die palliative Versorgung auf ein anderes Level kommt.“ Ein Ausbau der Schmerzmedizin kann verhindern, dass Menschen sich selbst aufgeben. „Wenn wir in einer älteren Gesellschaft nicht bereit sind das zu tun“, werden zu viele ältere Menschen den Weg des assistierten Suizids gehen.

„Wir brauchen Hilfe zum Leben, nicht Hilfe beim Sterben“, nennt Rachel das. Dazu fordert er eine große Kampagne für ein Unterstützungsgesetz für Menschen in existenziellen Krisen.

„Ich werbe dafür, nach einem Präventivgesetz auch eine gesetzliche Regelung zu finden.“ Damit kann dann verhindert werden, dass assistierter Suizid freigegeben und zu einem Geschäftsmodell werden kann.

### KIRCHENTAG VOR ORT: TAG 2

Der Kirchentag bietet die Chance zu Gesprächen, Fragen und Antworten – nicht nur zu Glauben und Religion. Benita und Michelle, Hanna-Lena, Daniel und Jens-Uwe stellen sich den Fragen der Kirchentagsgäste am Stand von EAK und CDU. Nicht immer geht es um Religion. Doch fast immer geht es ums Kennenlernen, um Kontakte, oft spielt die Position der CDU eine Rolle.

### Wozu EAK?

Warum braucht es einen Evangelischen Arbeitskreis? Woher kommt das? Vieles in der Debatte um die Gründerjahre der CDU, um Grundsatzprogramme und um das aktuelle Bekenntnis zum ‚C‘ durch den Einsatz der Christen in der CDU ist der Fragestellerin neu.

Ist das Parlament zu groß? Ein Kirchendiener regt an, den Bundestag deutlich zu verkleinern. 301 Abgeordnete reichen doch, sagt er. Den Hinweis, dass die Neuregelung der Bundesregierung mehr Abgeordnete zulässt als derjenige der CDU, nimmt er erstaunt zur Kenntnis.

### Steffen Bilger: Christ in der Politik

Er ist aktiver Christ, unterstützt Schulprojekte in Syrien, Jordanien und Libanon. Als Bundestagsabgeordneter hat Steffen Bilger die Übernahme von Verantwortung zu seinem Leitmotiv gemacht. „Jetzt ist die Zeit“ – das Kirchentagsmotto gilt für ihn in der täglichen Arbeit.

Jetzt ist die Zeit, das treibt ihn bei der Unterstützung der Schulprojekte an. „Eine tolle Arbeit, die da geleistet wird“, erzählt er aus der Praxis: Christliche und muslimische Kinder



Steffen Bilger, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit dem EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner

lernen gemeinsam, erlernen eine Berufsausbildung und erleben den Respekt voreinander. Es ist, so sagt er, „ein echtes Projekt der Völkerverständigung“.

In den konkreten Projekten sieht Bilger auch die Aufgaben von Christen in der Politik: Verantwortung übernehmen. Mitstreiter in der Kirche und aus der Kirche heraus gewinnen. Für Konsens und Verständigung eintreten. „Einfache Antworten gibt es nicht. Wir brauchen den Respekt für die Meinung des anderen. Die Themen des EAK sind gute Beispiele dafür, dass das geht“, sagt Bilger. „Trennendes überwinden, Respekt zeigen und gute Lösungen für alle finden“, fasst EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner das zusammen.

### Das ‚C‘ und seine Bedeutung

Wie steht die CDU zum ‚C‘, wird gefragt. Die Antwort: Wir in der CDU verbinden Vertrauen und Zuversicht mit Realismus und Demut: Im Zentrum steht die unantastbare Würde des Menschen. Doch wir Menschen sind nicht Schöpfer der Welt. Wir passen auf unsere Erde auf und machen deswegen kinder- und enkeltaugliche Politik.

### Die Schöpfung bewahren

Was tut die CDU gegen den Klimawandel? Die Schöpfung bewahren, das muss mit Leben gefüllt werden, sagen einige. Das neue Heizungsgesetz nur abzulehnen, reicht nicht. Da hilft es, dass die Union sehr konkrete Vorschläge in den Bundestag eingebracht hat: Den Umstieg fördern, nicht erzwingen. Alle Technologien zulassen, wenn sie die Kriterien erfüllen. Und die Menschen mitnehmen. Nur, wenn alle auch mitmachen, wird man dabei erfolgreich sein.

### Gesellschaftliche Teilhabe

Ist ein garantiertes Grundeinkommen ein richtiger Ansatz? Die ältere Frau schaut provokant. Dann sagt sie selbst: Nein, ist es nicht. Die CDU sagt: In einer gerechten Gesellschaft können alle Menschen ihre Fähigkeiten entfalten und angemessen an ihr teilhaben: Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, Reiche und Arme, Starke und Schwache, Leistungsträger und Bedürftige. Eine gerechte Gesellschaft würdigt die Leistung des einzelnen Menschen und sorgt für eine angemessene Verteilung des Erwirtschafteten. Absolute Gleichheit kann es aber nicht geben.



Friedrich Merz in der Frankenhalle bei seiner Bibelarbeit

### Biblexegese mit Friedrich Merz: Aus dem Hoffen folgt ein Aufruf zum Handeln.

„Ich darf vertrauen, dass das Reich Gottes kommen wird. Gleichzeitig realisiert es sich schon in dieser Welt.“ In der vollbesetzten Frankenhalle der Nürnberger Messe spricht Friedrich Merz über das Lukas-Evangelium, darüber, wann das Reich Gottes Wirklichkeit wird und was sich aus seiner Sicht für ihn – und uns alle – daraus ergibt.

„Jesus sagt: Das Reich Gottes ist schon da“, erläutert der CDU-Vorsitzende. „Auch, wenn Ihr es noch nicht erkennen könnt. Aber es ist auch noch nicht da. Es kommt erst, wenn die Welt untergeht, wenn alle Schuld getilgt ist, alles Leid beendet.“ Die Gleichzeitigkeit von ‚Jetzt‘ und ‚Später‘ hat in doppelter Hinsicht Konsequenzen, so Merz. Man soll auf das Ende schauen. Aber es gilt auch: „Ich soll als Mensch nicht in eine Zukunft flüchten. Ich bin aufgerufen, mein Leben jetzt schon in die Hand zu nehmen.“ Wir sollen das Leben besser machen.

Genau das motiviert Merz, treibt ihn an: „Dass wir schon heute etwas tun können.“ Das ist sein Beitrag auf diesem Evangelischen Kirchentag: „Aus dem Hoffen folgt ein Aufruf zum Handeln.“ Zwei Themen leitet der CDU-Politiker für sich zunächst ab: Den Beitrag zum Frieden und die Aufgabe, Klima und Umwelt besser zu schützen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Europa erschüttert. „Alle wünschen sich Frieden in unserer Zeit“, so Merz. Aber der Wunsch alleine schafft keinen Frieden. Weder der Vertrag Chamberlains von 1938 noch die OSZE-Akte konnte diesen Frieden garantieren. Daraus muss man lernen, alle Stimmen hören. Es braucht Gespräche zur Lösung und Offenheit in der Debatte. Dazu zählt auch Verteidigungskraft. „Es beschäftigt uns. Es belastet uns. Es quält uns. Aber um Frieden in Europa zu bekommen ist Beschwichtigung und Appeasement, Annäherung an den Aggressor mit den falschen Mitteln der falsche Weg.“ Selbstverständlich, sagt Merz, verdient Vermittlung dennoch Unterstützung. „Wir sollen als Christen hoffen.“

Auch beim Klimaschutz ringen alle über den richtigen Weg. „Aber, wenn wir über ihn sprechen, dann gehört als erstes dazu, dass wir den Klimawandel nicht leugnen.“ Denn die Schöpfung Gottes geht weit über unsere Erde als unser Lebensraum hinaus. Wahr ist, dass wir viel in die Erde eingreifen. „Als Christen müssen wir diese Eingriffe korrigieren, um unseren Kindern und Enkelkindern eine Welt zu hinterlassen, auf der sie in Frieden und Freiheit leben können.“

Merz mahnt dazu an: Politik kann immer nur die nahe Zukunft gestalten, aber nie die endgültige Zukunft gewinnen. „Wir müssen uns als Politikerinnen und Politiker immer bewusst sein, dass wir nur die vorletzten Dinge entscheiden. Politik kann Gottes Wahrheit und Weisheit nicht ersetzen.“ Nach jeder Lösung kommt das nächste Problem.

„Ich werbe dafür, dass wir in einer politischen Debatte über den richtigen Weg streiten“, sagt Merz. Das gemeinsame Ringen trägt die besten Lösungen zusammen. Am Ende muss ein gemeinsamer Weg stehen. Niemand allein „ist im Besitz der ganzen Wahrheit“. Vielmehr gilt: Wir müssen uns am Ende der Zeit verantworten für das, was wir getan haben – oder das, was wir nicht getan haben.“

### Das rote Sofa: Die Ökumene leben

Seine Gattin ist evangelisch, er selbst katholisch. Beide zusammen leben sie die Ökumene, sagt Friedrich Merz gleich zu Beginn des Gesprächs. Auf dem roten Sofa des Kirchentags stellt sich der CDU-Vorsitzende den kritischen Fragen von Jörg Bollmann: Ist das ‚C‘ Rückenwind oder Belastung? Stimmt die CDU einem Tempolimit für Klimaschutz zu? Was verbindet Friedrich Merz mit dem Begriff ‚Hoffnung‘?

„Wir haben diskutiert, ob das ‚C‘ noch zeitgemäß ist“, bekennt Merz. „Die Debatte hat gezeigt: Ja, es ist wichtig.“ Auch die Debatte dazu war wichtig, sagt er. „Ich habe gesagt: Selbstverständlich bleibt das. Wir machen Politik auf Basis des christlichen Menschenbildes.“ Alle, die sich damit identifizieren, sind herzlich eingeladen. Viele Menschen anderer Glaubensrichtungen sind in der CDU aktiv.

Zur Bewahrung der Schöpfung hat die CDU unter Merkel viel getan, bekräftigt ihr Nachfolger. Bis 2022 wurden alle Klimaziele erreicht. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sank um 40 Prozent, bei Gebäuden um 50 Prozent. Gleichzeitig gab es eine Verdoppelung der Wirtschaftsleistung. Dass viel zu tun ist, bestreitet niemand. Vor allem, da der Rest in der halben Zeit erfolgen soll. „Das wird sehr schwierig“, so Merz.

„Wenn man die Hoffnung aufgibt, kann man in der Politik nur zum Zyniker werden“, stellt Merz sachlich fest. „Das will ich nicht!“

Gute Ergebnisse gibt es am Ende nur gemeinsam, bekräftigt Merz auch auf dem roten Sofa. Er wirbt um Zusammenarbeit, auch und gerade zwischen Regierung und Opposition. „Ich biete der Bundesregierung jede Unterstützung und jede Zusammenarbeit an. Ich möchte, dass wir um den Weg ringen, aber am Ende des Tages zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen.“

Wird Merz Kanzler, wird er gefragt. Und gewinnt bis 2025 Mal jemand anderes als der FC Bayern die Meisterschaft der Bundesliga? Das entscheiden am Ende die Partei und die Menschen bei Wahlen – und Borussia Dortmund, wenn die im kommenden Jahr Meister werden, lacht Merz.

### Besuche bei CDU und EAK, CSU und Stiftungen.

Nach dem roten Sofa ging es zur Partei am Stand. Wie viele Fragesteller kommen? Wie viele Gespräche werden geführt? Am Stand der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) überreich ihm



Friedrich Merz zu Besuch am Gemeinschaftsstand von EAK und CDU

Standleiterin Kristin Wesemann ein T-Shirt mit dem Motto Konrad Adenauers: „Wir wählen die Freiheit“. Auch beim Stand der Schwesterpartei CSU wird Merz freundlich begrüßt. Hier werden kurze Gespräche geführt und Selfies gemacht.

### Michael Kretschmer: Besuch bei EAK und CDU

Spontaner Besuch am Stand von EAK und CDU: der Sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer. Der evangelische Christ ließ es sich nicht nehmen, vor seinem Talk beim Kirchentag auch mit den CDU-Vertretern am Stand vor Ort ein paar Worte zu wechseln.



Der Sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer besuchte ebenfalls den Stand

### Christian Schmidt: Man darf das Prinzipielle nicht aufgeben.

Der Hohe Repräsentant der UN für Bosnien und Herzegowina setzt sich täglich mit den Folgen von Krieg und Frieden auseinander. Angesichts der zunehmenden neue Weltunordnung sieht er nur geringe Eingriffsmöglichkeiten der Kirchen; vielmehr ist die Realpolitik gefordert. „Ich meine, dass wir mit relativ wenig Möglichkeiten ausgestattet sind, die Unordnung wieder zur Ordnung zu machen.“

Schmidt erinnert an Henry Kissinger. Der hatte gesagt: Was der Westfälische Frieden gebracht hat, Ausgleich der Interessen, das fehlt uns im Augenblick. Vielmehr steht gerade Putins Politik diametral zu Ausgleich.

Schmidt weiß, wovon er redet: „Ich bin auch in Bosnien-Herzegowina dabei, eine Aufarbeitung eines schrecklichen Krieges zu unterstützen.“ Wenn der Bundeskanzler fordert: verhandeln, verhandeln, dann setzt Schmidt dagegen: Grundsätzlich ist das richtig. „Aber man darf das Prinzipielle nicht aufgeben. Ich zweifle, dass mit Herrn Putin eine gute Ordnung geschaffen werden kann.“ Schmidt erwartet dies erst für die Zeit nach Putin.

Brauchen wir also eine neue Friedensethik? „Wir sind nicht in der Realpolitik“, sagt Schmidt. Aber man kann es am Kirchentag ablesen: Vor 20 bis 30 Jahren gab es kontroversere Debatten. Die Nutzung von Waffen ethisch in Frage zu stellen, ist für eine Debatte angemessen. „Aber, wenn ich sage: Keine Waffen mehr! Dann gibt es für Putins Schergen kein Halten mehr.“ Deshalb müssen wir die Friedensethik der EKD neu akzentuieren. „Das Dilemma dürfen wir nicht länger verschweigen.“



Ministerpräsident Markus Söder besucht nach seiner Bibelarbeit auch den Stand der CSU

## Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

## Herausgeber

Thomas Rachel, Henning Aretz,  
Dirk Heuer, Sabine Kurtz,  
Christine Lieberknecht, Barbara Becker

## Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Michelle Zurek  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

## Spenden-Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

## Autoren

Thomas Rachel MdB  
Lukas Lypp  
Christian Hirte MdB  
Friedemann Schwarzmeier  
Jens-Uwe Kerl

**Druck** DAS DRUCKTEAM BERLIN

## Fotonachweis

Titelbild © Dt. Bundestag/Inga Haar  
S. 2, 5, 6 © Tobias Koch  
S. 3+5 © Tatsiana Khomich  
S. 4 © Rachel MdB/Dirksen  
S. 7 + 8 © L. Chaperon  
S. 9 + 10 © Schwarzmeier  
S. 11–19 © CDU/Jens-Uwe Kerl  
S. 20 © C. Meißner

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –  
nur mit Genehmigung der Redaktion und  
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-  
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-  
zeichnete Beiträge stellen die Meinung  
des Verfassers dar, nicht unbedingt die  
der Redaktion oder der Herausgeber.  
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer  
facebook-Seite!



(v.l.n.r.): Christian Meißner, Christian Schmidt und Prof.Dr. Peter Dabrock (Erlangen)

Radikalpazifismus bringt auch Christen in der Politik nicht weiter, sagt Schmidt. „Unsere Aufgabe ist, dass wir die ethischen Grundsätze einbringen, nicht einfach paradiesische Zustände postulieren und uns realistische Möglichkeiten bewahren.“ Man stelle sich vor, wir alle würden uns gegen Waffenlieferungen auf die Straßen kleben, sagt Schmidt. Das wäre Realitätsverweigerung.

## Der Kirchentag geht zu Ende.

## Das Team von EAK und CDU verabschiedet sich aus Nürnberg.



Jens-Uwe Kerl, Hanna-Lena Perneck, Michelle Zurek, CDU-Chef Friedrich Merz, Christian Meißner, Daniel Janke und Benita Ebeling (v.l.n.r.)

# Meditation

*„Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist“*

*(1. Petr. 3,15)*



Die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ steht aus guten Gründen am Anfang unserer Verfassung, in der Präambel des Grundgesetzes. Sie hat aber ihren Ursprung schon im biblischen Zeugnis.

Verantwortlich Zeugnis abzulegen von der Hoffnung, die in unseren Herzen ist – dazu sind alle Christen – gerade auch in der Politik – aufgerufen. In der Politik gibt es zwar keine letzten und absoluten Wahrheiten und auch eine direkte Umsetzung von biblischen Glaubenswahrheiten in die Politik ist nicht möglich. Aber diese krisengeschüttelte Welt braucht diese lebendige, aus der weltüberwindenden Hoffnungskraft des Auferstehungsglaubens gespeiste Verantwortung von uns Christinnen und Christen mehr denn je! Petrus ermutigt uns, diese Verantwortung „in milder und respektvoller Art und mit gutem Gewissen“ (1. Petr. 3,16) wahrzunehmen.

Wir erleben Hass und Ausgrenzung. Können wir Christen dem etwas Segensvolles entgegensetzen? Können wir selbst zu Hoffnungsstiftern werden in hoffnungslosen Zeiten? Stiften wir Vertrauen, wo Misstrauen herrscht? Bauen wir Brücken und finden gute Wege zueinander? Haben wir Mut zu Kompromissen in Zeiten von Polarisierung und Spaltung?

Lasst es uns versuchen! Denn Prüfungen, Anfechtungen und Krisenzeiten sind immer auch zugleich Zeiten der notwendigen Rückbesinnung auf das, was wirklich zählt im Leben.

**Thomas Rachel MdB,**

Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU